

## ANFRAGE

der Abgeordneten Josef Broukal  
und GenossInnen

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

betreffend Mietenerhöhung der Bundesimmobiliengesellschaft für die Universitäten

Laut Bericht des „Der Standard“ vom 10. August 2005 kostet die geplante Mietenerhöhung der Bundesimmobiliengesellschaft die Universitäten zwischen 120.000 und 1,9 Millionen Euro pro Jahr. Am stärksten betroffen wäre die „VETMED“. Die Mietkosten machen 40 % des Gesamtbudgets von etwa 80 Millionen Euro aus. Laut Vizerektor Erich Möstl kostet die 5 %ige Erhöhung 1,6 Millionen Euro. Möstl: „Bei der Miete können wir nicht sparen, bei Strom, Wasser und Gas auch nicht: Bleiben Kürzungen beim Personal, was schlecht wäre – oder Schulden anhäufen. Rechnet man nach einer Ersterhebung mit Mehrkosten in der Höhe von 1,3 Millionen Euro jährlich alleine für Großgebäude. Macht beispielsweise rund 300.000 Euro für das Haupthaus am Ring und etwa 190.000 Euro für das Juridicum.“

Ernst Karl Plech, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der BIG sagt, die BIG sei „dazu gesetzlich verpflichtet gewesen“. Wolle man die Unis indirekt subventionieren, indem der Bund die Mieten nicht anhebt, „müsste man eben das Gesetz ändern, was auch möglich wäre“.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur nachstehende

### Anfrage:

1. Seit wann ist dem Bildungsministerium bekannt, dass die BIG die Mieten für die Universitäten erhöhen wird?
2. Welche Maßnahmen hat das Bildungsministerium gesetzt, damit die Universitäten diese finanzielle Mehrbelastung bewältigen können?
3. Werden Sie darauf drängen, dass eine Gesetzesvorlage dem Nationalrat vorgelegt wird, indem der Bund die Mieten für die Universitäten nicht anhebt, wie es der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der BIG, Ernst Karl Plech, vorgeschlagen hat?

Wenn nein, warum nicht?

1. Broukal  
Fischer  
Kocher